

Beschluss des Landrats vom 12.03.2026

Nr. 1613

36. Verlässlichkeitsoffensive in der BUD – strategisch statt beliebig – langfristige Infrastrukturplanung verbindlich machen

2025/160; Protokoll: bw

Landratspräsident **Reto Tschudin** (SVP) informiert, der Regierungsrat sei bereit, den Vorstoss als Postulat entgegzunehmen. Es liegt eine schriftliche Begründung vor.

Christine Frey (FDP) dankt den Landratsmitgliedern für das schöne Geburtstagsgeschenk in Form der Überweisung ihres Vorstosses im Rahmen des letzten Traktandums. Die Überweisung freut sie sehr.

Es geht nun um die sogenannte Verlässlichkeitsoffensive. Diese sieht erstens eine kantonale Prioritätenliste von strategischen Projekten bis 2040 nach Nutzen, Dringlichkeit und Umsetzbarkeit vor. Zweitens will sie die verbindliche Koordination zwischen den Direktionen und eine klare Gesamtverantwortung für Grossprojekte. Drittens sollen relevante Partner – Gemeinden, Wirtschaft und Nachbarkantone – einbezogen werden. Viertens müssen Prüfstandards für öffentlich-private Partnerschaften (PPP) bei Projekten ab CHF 30 Mio. gesetzlich verankert werden. Fünftens soll ein jährlicher Rechenschaftsbericht mit Abweichungsanalyse erstellt werden.

Es ist allen bekannt, wie schwierig es für einen Landrat in den Kommissionen ist, einzelne Bau- oder Infrastrukturprojekte ins grosse Ganze einzuordnen. Es gibt keine Planprogramme oder Richtlinien und keine klare Übersicht, wann was kommt. Deshalb möchte die Verlässlichkeitsoffensive eine klare Prioritätenliste mit Zeithorizont, dass diese jährlich überprüft wird und dass Gemeinden, Wirtschaft und auch die Bevölkerung sich darauf verlassen können.

Der Regierungsrat ist der Ansicht, dies brauche es nicht, und verweist auf bestehende Grundlagen wie zum Beispiel das Strassengesetz oder den Kantonalen Richtplan (KRIP). Doch werden darin vor allem Zuständigkeiten geregelt, steuern aber keine Prioritäten. Der KRIP zeigt zwar, was möglich ist, jedoch nicht, was wann umgesetzt werden soll. Genau dort setzt der Vorstoss an, damit aus Planung Führung wird und eine verbindliche Orientierung zur Priorisierung der kantonalen Infrastrukturprojekte gegeben und damit Verlässlichkeit geschaffen werden kann.

Gerade für Wirtschaft und Gemeinden ist es entscheidend zu wissen, worauf sie sich beim Kanton verlassen können und was wann kommt, damit die eigene Planung darauf langfristig ausgerichtet werden kann. Wer investiert oder planen will, braucht dies, weil die Mühlen der Politik bekanntlich langsam mahlen. Der Landrat wird um Unterstützung dieses Vorstosses gebeten und selbstverständlich besteht die Bereitschaft, ihn in ein Postulat umzuwandeln, was Christine Frey hiermit tut.

Urs Kaufmann (SP) meint, was Christine Frey fordere, sei mit AFP und Investitionsplan längst vorhanden. Darin sind die Prioritätenliste und die Koordination zwischen den Direktionen abgebildet und es gibt auch einen jährlichen Rechenschaftsbericht, wie es mit den Projekten weitergeht. Ebenso besteht die finanzielle Perspektive. All dies ist in den genannten Dokumenten vorhanden. Entsprechend braucht es weder diese Forderung noch dieses Postulat. Der Einbezug relevanter Partner ist bei jedem Projekt eine Selbstverständlichkeit. Nur so kommt man weiter und nur so lassen sich diese Projekte umsetzen. Ob es wirklich sinnvoll ist, bei Projekten mit einem Volumen über CHF 30 Mio. die öffentlich-privaten Partnerschaften zu prüfen, ist zu bezweifeln. Entsprechende Ausschreibungen und Evaluationen führen zu Zeitverzug. AFP und Investitionsplan sind die richtigen Mittel – diese müssen sorgfältig diskutiert werden. Neue Berichte braucht es hingegen nicht.

Sandra Strüby-Schaub (SP) irritiert, dass das nicht realisierte Projekte beim Dreispitz als Aufhänger genommen werde für die Vorstösse, obwohl es für die Nichtrealisierung andere Gründe gab. Das ist irritierend. Da Christine Frey in ein Postulat umgewandelt hat, kann die SP-Fraktion der Haltung des Regierungsrats folgen und wird die Überweisung grossmehrheitlich unterstützen.

Stephan Ackermann Maurer (Grüne) hat eine Frage an Christine Frey: Es besteht eine gewisse Sympathie für den Vorstoss, vor allem auch in Form eines Postulats. Ist es möglich, den Mehrwert an einem konkreten Beispiel – dem 8er-Tram in Allschwil – aufzuzeigen? Wie kann man bei diesem Thema die geforderte Verlässlichkeit erreichen? Der Regierungsrat hält das Projekt für eine gute Sache und bemüht sich entsprechend. Aber er ist ja nicht alleine unterwegs. Was bringt dieser Vorstoss konkret bei einem solchen Fall?

Christine Frey (FDP) wendet sich zuerst an Urs Kaufmann: AFP und Investitionsplan beinhalten Projekte, die bereits budgetiert und aufgelegt sind. Interessant ist aber, wo weitere Projekte und Lösungen für bestehende Probleme angedacht sind. Dies soll auf einer geografischen Karte und einem Zeitplan dargestellt werden. Dafür sind AFP und Investitionsplan ganz sicher nicht die richtigen Instrumente.

Die Prüfung von PPP würde die Projekte verlängern. Das ist vielleicht schwierig beim Aufgleisen und die Schweiz hat nicht so viele Erfahrungen und das Vertragsweg ist kompliziert. Aber wenn dann der Private baut, dann baut er erstens schneller und zweitens kostengünstiger. Entscheidend ist eigentlich nur, wie vertraglich geregelt ist, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Zustand es dann zurück an den Staat fällt.

Zur Frage von Stephan Ackermann: Der Vorstoss fordert unter anderem eine Prioritätenliste von strategischen Projekten und vielleicht ist da die genannte Tramverbindung enthalten. Im jährlichen Rechenschaftsbericht wird dann angegeben, worin die Herausforderungen bestehen und weshalb man nicht vorwärtskommt. Als Landratsmitglied möchte man wissen, weshalb Projekte nicht vorwärtskommen. Natürlich gibt der Regierungsrat in der BPK-Sitzung einen Einblick, was aktuell läuft, allerdings ist diese Zeit begrenzt und er kann nicht zu allen Projekten einen Zwischenstand abgeben. Es wird Transparenz darüber angestrebt, damit man weiss, was wo läuft oder eben nicht läuft. Damit steigt auch das Verständnis.

Thomas Noack (SP) sagt, Christine Frey habe die Langfristplanung angesprochen: Der eine Teil des Projekts ist im AFP abgebildet, nämlich das, was schon sicher ist. Für den zweiten Teil gibt es ein sehr gutes Instrument: Der kantonale Richtplan, der jeweils vom Landrat verabschiedet und beschlossen wird. In dieses Instrument können neue Projekte eingebracht und diskutiert werden. Zum Beispiel Tram 8: Inwiefern würde eine Prioritätenliste zu einer Beschleunigung führen? Die BUD hat geplant, es handelt sich um ein gutes Projekt, die Gemeinde Allschwil war involviert. Wer steht auf dem Schlauch? Das ist ein Infrastrukturprojekt, das weiterführt, das die Rahmenverbindung verbessert, das den öffentlichen Verkehr verbessert, das der Gemeinde Allschwil weiterhilft, das Teil einer Gesamtmasterplanung der (wirtschaftlichen) Entwicklung dieses Gebiets ist. Es ist nicht die BUD, die verhindert, dass es weitergeht. Dafür sind andere verantwortlich. Ein zusätzliches Controlling oder eine zusätzliche Projektliste führen überhaupt nicht zu einer Beschleunigung.

Thomas Noack bezweifelt, dass dieser Vorstoss in die richtige Richtung geht und ob nicht genügend Instrumente vorhanden sind, die gescheit eingesetzt werden müssen. Noch eine Frage: Es ist vom Prüfstand öffentlich-rechtlicher Partnerschaften die Rede. Was ist dieser Prüfstand? Das geht aus dem Vorstoss nicht hervor.

Martin Dätwyler (FDP) glaubt, das Anliegen von Christine Frey teilen wohl alle Anwesenden: Die Projekte sollen umgesetzt werden können. Die hohe Komplexität bei Strassen-, Schienenprojekten

oder Velorouten ist bekannt. Deshalb nimmt man immer wieder Anlauf mit Planungen zum Beispiel im Richtplan, teilweise finanziert man auch, was im AFP ersichtlich ist. Es ist aber legitim, zu überlegen, ob es nicht clever wäre, wenn man ein strategisches Führungsinstrument erstellen könnte, mit dem man in Abstimmung mit den Gemeinden den Pfad dieser verschiedenen Phasen im Rahmen einer Planung bis zur Realisierung strukturiert vorgeben könnte. Das ist der Kern dieses Postulats. Entsprechend ist es zu überweisen, weil damit die Infrastrukturentwicklung zielgerichteter und konsequenter geführt werden kann.

Rolf Blatter (FDP) spricht nur kurz zwei Themen an. Der kantonale Richtplan hat für die Zielsetzung, die im Postulat formuliert ist, rein gar keine Relevanz. Im Richtplan sind nicht einzelne Projekte oder Geld und Zeit aufgeführt. Dabei handelt es sich um ein anderes Instrument. Zweitens eine Antwort auf die Frage, wer bei der Tramverlängerung 8 in Allschwil auf dem Schlauch steht: Das ist die Gemeinde Allschwil. Der Gemeinderat und ein paar Zugewandte finden das Projekt toll, alle anderen in Allschwil finden das nicht so toll. Die BPK hat das Projekt sistiert und an Allschwil zurückgewiesen mit dem Auftrag, zu entscheiden, ob sie das überhaupt möchten oder nicht. Dieser Entscheid ist noch immer ausstehend.

Regierungsrat **Isaac Reber** (Grüne) stellt fest, dass eine Parlamentsmehrheit mehr Bürokratie wünsche. Vor ein paar Monaten wurde auch auf bürgerlicher Seite der kantonale Richtplan als gutes Instrument bezeichnet, um aufzuzeigen, wohin man möchte und welche Vorhaben bestehen. Vielleicht hat sich diese Haltung mittlerweile geändert. Im Kanton Basel-Landschaft gibt es ein Investitionsprogramm, mit dem geprüft wird, welche Projekte in den nächsten zehn Jahren finanziell gestemmt werden können. Das Investitionsprogramm ist genau das, was Christine Frey möchte. Wo liegen die Prioritäten, in welchen Bereichen muss man investieren und was kommt zuerst und was kommt später? Würde man das Investitionsprogramm anschauen, würde man sehen, dass sowohl Prioritäten wie auch Posterioritäten zu neuen Vorhaben bestehen. Projekte im Umfang von CHF 1,8 Mrd. warten darauf, von der Posteriorisierung in die Priorisierung aufzurücken. Der Kanton Basel-Landschaft verfügt nicht über einen solch grossen Spielraum, dass zusätzliche Projekte noch dazugenommen werden könnten. Das kann und wird gemacht, wenn erkannt wird, dass ein Projekt kommt, das aufgrund von Status und Bedeutung für den Kanton an den bestehenden vorbeizieht und ins 10-Jahre-Fenster aufgenommen wird. Genau dafür ist das Investitionsprogramm da. Dort wird die Reihenfolge der Prioritäten festgehalten. Von Christine Frey wurde noch nie moniert, dass die Reihenfolge nicht richtig sei. Wäre dies der Fall, könnte das diskutiert werden. Offensichtlich wird dem Investitionsplan aber zugestimmt.

Wenn man mehr Bürokratie wünscht, kann man dies haben. Die Bereitschaft des Regierungsrats, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen, bezog sich auf die Bereitschaft, das Investitionsprogramm anschaulicher abzubilden und darzustellen. Entgegen der Behauptungen einiger Anwesender ist der Regierungsrat weder stumm noch taub. Wo die Notwendigkeit besteht, ist man durchaus zu Anpassungen bereit. Die Entgegennahme dieses Vorstosses bedeutet nicht mehr und nicht weniger – allzu fest strahlen muss man also nicht, aber der Regierungsrat nutzt die Gelegenheit gerne, Christine Frey zum Geburtstag zu gratulieren.

://: Mit 53:21 Stimmen wird der Vorstoss als Postulat überwiesen.